

Die inklusive Schule

Ein Leitfaden für die Umsetzung der Konvention zum Schutz der Menschenrechte von Menschen mit Behinderung in der Schule.

1. Herkunft und Definition des Begriffs „Inklusion“

Der aus dem Englischen stammende Begriff Inklusion geht weit über den Rahmen der bisher in Deutschland praktizierten Integration mit gemeinsamem Unterricht von Kindern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf hinaus.

Die UN-Konvention¹ zum Schutz der Menschenrechte von Menschen mit Behinderung präzisiert und ergänzt bereits bestehende menschenrechtliche Standards unter dem besonderen Blickwinkel der Menschen mit Behinderung. Behinderung wird als normaler Bestandteil menschlichen Lebens und als Quelle kultureller Bereicherung in der Gesellschaft verstanden. Die Konvention fordert von Staat und Gesellschaft die freiheitliche und soziale Inklusion von Menschen mit Behinderung.

Inklusion bedeutet somit das (schulische) Zusammenleben aller ohne Separation nach verschiedenen Merkmalen wie z. B. Geschlecht, kultureller, sprachlicher, ethnischer Herkunft, unterschiedlicher Bildungs- und Lernerfahrungen, unterschiedlicher sozialer Hintergründe, kognitiver Fähigkeiten, etc.

Die GEW geht davon aus, dass Heterogenität die Normalität darstellt. Sie plädiert für eine Schule, die die Bildungs- und Erziehungsbedürfnisse aller SchülerInnen zu beachten und sich darauf einzustellen hat.

Es ist wissenschaftlich längst belegt, dass die gemeinsame Beschulung von Schülerinnen und Schülern allen mehr Möglichkeiten persönlicher Entwicklung bietet und effektiver ist.

Die Zielsetzung einer inklusiven Schule bietet die Chance, die Diskussion um die Qualität von Schule, die bislang fast ausschließlich am (kognitiven) Leistungoutput festgemacht wird, um wesentliche Aspekte zu erweitern.

2. Schulische Inklusion - Ausgangslage in Bremen!

Etwa 40% aller SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf besuchen derzeit in Bremen eine Regelschule und werden dort zum großen Teil integrativ unterrichtet. Unter den „FörderschülerInnen“ finden sich überproportional viele Kinder mit Migrations- und/oder Armutshintergrund.

Nötig ist nunmehr eine systematische Rahmenplanung, mit der sich das Land Bremen rechtsverbindlich selbst verpflichtet, die personellen, sächlichen und räumlichen Voraussetzungen zu schaffen, in einem festzusetzenden Zeitabschnitt **allen** SchülerInnen den Besuch einer Regelschule zu ermöglichen.

¹ Zustimmungen durch Bundestag und Bundesrat im November und Dezember 2008;

Die GEW fordert die vollständige Umsetzung der UN-Konvention „Convention on the Rights of Persons with Disabilities“; United Nations 2006; und damit eine Schule für Alle ohne Aussonderung.

2.1. Gesetzesgrundlagen

Anlässlich der Ratifizierung der UN- Konvention hat auch das Land Bremen Schritte hin zu einer vollständigen Inklusion der SchülerInnen, die auch sonderpädagogisch zu fördern sind, im neuen Schulgesetz formuliert:

Im Schulgesetz heißt es unter anderem:

§ 3 Allgemeines

(4) Bremische Schulen haben den Auftrag, sich zu inklusiven Schulen zu entwickeln. ...

§ 4 Allgemeine Gestaltung des Schullebens

(5) Der Unterricht und das weitere Schulleben sollen für behinderte und nichtbehinderte Schülerinnen und Schüler gemeinsam gestaltet werden. ...

§ 9 Eigenständigkeit der Schule

... Die Förderung von behinderten Schülerinnen und Schülern soll im gemeinsamen Unterricht erfolgen.

§ 22 Zentrum für unterstützende Pädagogik

(1) Sonderpädagogische und weitere unterstützende pädagogische Förderung wird in den allgemeinen Schulen durch eingegliederte Zentren für unterstützende Pädagogik gewährleistet. Das Zentrum für unterstützende Pädagogik unterstützt die Schule bei der inklusiven Unterrichtung. ...

(3) Zentren für unterstützende Pädagogik haben die Aufgabe, die allgemeine Schule in allen Fragen sonderpädagogischer und weiterer unterstützender pädagogischer Förderung zu beraten und zu unterstützen.

Konsequent umgesetzt bedeuten diese gesetzlichen Vorgaben:

Die individuelle, auch sonderpädagogische Förderung aller SchülerInnen findet grundsätzlich in den Regelschulen im gemeinsamen Lernen statt.

Alle bestehenden Förderzentren werden aufgelöst und es entstehen in allen Schulen Zentren für unterstützende Pädagogik.

Da sich alle Schulen zu inklusiven Schulen entwickeln müssen, kann der Umwandlungsprozess hin zu Oberschulen und in den Gymnasien kein hiervon getrennter sein.

3. konkrete Forderungen der GEW für Bremen

3.1 Schulstruktur – notwendige Schritte zu einer inklusiven Schule

a) Für die Förderschwerpunkte „Lernen“, „Sprache“ und „Emotionale/Soziale Entwicklung“ gibt es eine pauschale Zuweisung von Sonderpädagogik-Stunden für die Zentren für unterstützende Pädagogik an allen allgemein- und berufsbildenden Schulen in Abhängigkeit von der Sozialstruktur in der Region. Daher kann die pauschale Stundenzuweisung unterschiedlich sein. Die Feststellung des „sonderpädagogischen Förderbedarfs“ (Feststellungsgutachten) entfällt.

Die Stundenzuweisung von Sonderpädagogik-Stunden muss eine Binnendifferenzierung in heterogenen Gruppen ermöglichen. Diese Mittel dürfen weder missbraucht noch gekürzt werden.

b) Für die Förderschwerpunkte Wahrnehmung und Entwicklung, Körperliche und Motorische Entwicklung sowie Hören und Sehen findet zunächst noch eine individuelle Beschreibung des sonderpädagogischen Förderbedarfs statt. Für die dann folgende Zuweisung der Sonderpädagogik-Stellen und anderer Ressourcen ist ein „Schlüssel“ festzulegen. Die hierfür ausgewiesenen Lehrerwochenstunden dürfen, auch bei sinkender SchülerInnenzahl, nicht gekürzt werden.

Alle SchülerInnen erhalten an ihrer Schule die notwendige sonderpädagogische Förderung und spezielle Hilfen überwiegend im Rahmen der Binnendifferenzierung des Unterrichts.

c) Jede allgemeinbildende Schule entwickelt sich ab dem Schuljahr 2010/11 zu einer inklusiven Schule.

Beginnend mit der Eingangsklasse nimmt grundsätzlich jede Schule im Stadtteil alle dort lebenden Kinder auf (Recht auf wohnortnahe Beschulung!). Schwerpunktschulen für die sonderpädagogische Förderung im Bereich Hören oder Sehen können aufgrund der kommunikativen Besonderheiten sinnvoll sein. Aber auch dort wird überwiegend inklusiv unterrichtet. Klassen- und FachlehrerInnen, SonderpädagogInnen und weitere Personen (z.B. Pädagogische MitarbeiterInnen, AssistentInnen, TherapeutInnen) arbeiten im Interesse der Kinder eng in Jahrgangs- bzw. Klassenteams zusammen. Dabei ergänzen sich die unterschiedlichen Professionen. Für die Teamarbeit muss ausreichend Kooperationszeit zur Verfügung stehen, die mit den anderen pädagogischen Verpflichtungen (z.B. unterrichten) verrechnet wird. Wegen notwendiger, nicht sofort realisierbarer Bauvorhaben kann die Aufnahme von SchülerInnen und Schülern mit dem Förderschwerpunkt Wahrnehmung und Entwicklung und Motorische Entwicklung zunächst auf eine Grundschule im Stadtteil konzentriert werden.

Die GEW schlägt vor, die therapeutische Versorgung der SchülerInnen in Kooperation mit den im Bereich der Jugendhilfe entstehenden Frühförderzentren zu gewährleisten. Hierzu soll es eine entsprechende Vereinbarung zwischen der Senatorin für Bildung und der Senatorin für Jugend sowie den beteiligten Trägern geben.

Die Oberschulen und Gymnasien nehmen alle SchülerInnen der Grundschule auf. Auch sie sind für SchülerInnen mit Sinnesschädigungen offen.

d) An allen Schulen der Sekundarstufe und an mindestens einer Grundschule des Schulbezirks/Stadtteils entsteht ein Zentrum für unterstützende Pädagogik (ZUP). Dieses hat die Aufgabe die Regelschule in allen Fragen „besonderer Bedarfe“ zu unterstützen. Es soll die Qualität des sonderpädagogischen Personals (Lehrkräfte, Pädagogische MitarbeiterInnen, AssistentInnen, TherapeutInnen) sichern, Fortbildungsmaßnahmen vorbereiten und ggf. durchführen, beraten, etc.

Innerhalb der Schulleitung ist das ZUP gleichberechtigt. Seine Leitung wird durch eine SonderpädagogIn (z.B. bisherige Föz-Leitung) besetzt. Alle an einer Schule arbeitenden KollegInnen gehören zu dieser jeweiligen Schule.

Die bestehenden Förderzentren lösen sich parallel zu diesem Prozess sukzessive auf. Neue SchülerInnen werden nicht mehr aufgenommen.

3.2 Beratungsstelle Inklusion

Die Beratungsstelle Inklusion unterstützt die Schulen bei der Entwicklung eines schulspezifischen Konzepts einer inklusiven Schule. Sie berät KollegInnen und Kollegen bei der Veränderung des Unterrichts hin zu einer inklusiven Pädagogik, fördert den Erfahrungsaustausch und die Weiterentwicklung auch durch „best practice“. Sie bietet Diagnostik und Beratung im Bereich „besonderer Bedarfe“ an. In Zusammenarbeit mit dem LIS entwickelt bzw. vermittelt sie spezifische Fortbildung.

Die Beratungsstelle Inklusion versteht sich als Lobbyistin für Inklusion. Sie berät Eltern in allen Fragen inklusiver Beschulung.

Die im Schulgesetz vorgesehenen schulersetzen Maßnahmen haben in einem inklusiven Schulsystem keinen Platz.

3.3 Sonderpädagogik im Schulsystem - sächliche und personelle Ressourcen

Als Einstieg bleiben die schon im Gesamtsystem vorhandenen personellen sonderpädagogischen Ressourcen bei den zu erwartenden zurückgehenden SchülerInnen-Zahlen im System erhalten und werden anschließend bedarfsgerecht ausgeweitet. Für einige spezifische Bereiche (Förderschwerpunkte) und in Regionen, in denen die personelle Infrastruktur noch nicht vorhanden ist, müssen für die Errichtung eines inklusiven Schulsystems ausreichend sächliche und personelle Ressourcen von Grund auf zur Verfügung gestellt werden.

Alle Baumaßnahmen, auch die aus dem Konjunkturprogramm 2, müssen ab sofort unter dem Gesichtspunkt der Barrierefreiheit und Inklusion geplant und umgesetzt werden.

3.4 Aus- und Fortbildung

Die Ausbildung von LehrerInnen und ErzieherInnen qualifiziert zukünftig für einen gemeinsamen, inklusiven Unterricht aller Schülerinnen und Schüler.

Außerdem werden umfassende Fortbildungsmaßnahmen für LehrerInnen und ErzieherInnen angeboten, die die Schwerpunkte auf Themen wie z. B. „binnendifferenzierender Unterricht“, „Kooperation des pädagogischen Personals“ legen und zu einem didaktisch-methodisch kompetenten Gemeinsamen Unterricht befähigen.

Oktober 2009

Antragsteller: LFG Sonderpädagogik, GLV